

Heinrich REFARDT

geb. 10.2.1892 Bachstedt (Thüringen)

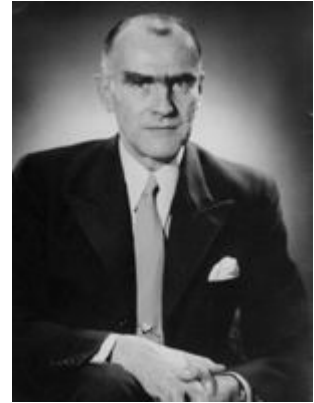
gest. 6.3.1968 Dibberloh (bei Soltau)

Regierungspräsident

luth.

(*BLO IV, Aurich 2007, S. 350 - 352*)

Heinrich Refardt wurde als Sohn des Kammergutspächters Amtsrat Heinrich Refardt geboren. Nach Privatunterricht und dem anschließenden Besuch des humanistischen Gymnasiums in Weimar studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg, München und Göttingen. In seiner Studienzeit gehörte er der studentischen Korporation Kösener S. C. an. Noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs legte er im August 1914 das Referendarexamen ab und nahm von 1914 bis 1918 am Ersten Weltkrieg teil, zuletzt als Leutnant des Jägerregiments zu Pferde Nr. 6 in Erfurt.



Heinrich Refardt (Quelle:
Bildarchiv der Ostfriesischen
Landschaft)

Als Regierungsreferendar erhielt Refardt ab 1919 seine Ausbildung bei der Regierung Hannover, Landratsstation Sulingen. Nach dem Assessorexamen 1921 wurde er von 1921 bis 1926 Assessor an der Regierung Gumbinnen, wo man ihn 1925 zum Regierungsrat beförderte und er insbesondere das Landwirtschafts- und Meliorationsreferat verwaltete. Nach seiner Ernennung zum Assessor heiratete Refardt Friederike Zambona, geb. 31. März 1900 in Hildesheim, eine Schwägerin von Erich Maria Remarque. 1923 und 1926 wurden dem Ehepaar die Töchter Marieliese (Marlies) und Inge geboren. 1934 kam in Aurich der Sohn Heinrich als drittes Kind zur Welt.

Von 1927 bis 1932 arbeitete Refardt in Düsseldorf, wo er bis 1928 die Verkehrsabteilung im Polizeipräsidium leitete. Anschließend wurde er Dezernent der Regierung Düsseldorf. Zum 1. Oktober 1932 trat er in die NSDAP ein. Zuvor war er von 1925 bis 1931 Mitglied der DVP und danach von Ende 1931 bis Januar 1932 der DNVP gewesen. Im Oktober 1932 wurde er zum kommissarischen Polizeipräsidenten in Hagen in Westfalen ernannt und zum 1. März 1933 zum Polizeipräsidenten in Duisburg-Hamborn. Refardt deckte im Mai 1933 Angriffe der NSDAP auf das zentrumsnahe Blatt „Echo vom Niederrhein“ und Ausschreitungen gegen jüdische Einzelhändler in Duisburg. Seine Behörde verhielt sich tatenlos gegenüber dem rüden Vorgehen von SA und SS, was öffentliches Aufsehen erregte und auch im Ausland registriert wurde. Refardt wurde aber dann für ungeeignet gehalten, den „außerordentlich schwierigen Polizeibezirk Duisburg-Hamborn zu leiten“, und deshalb zum Nachfolger von Regierungspräsident Bansi in Aurich bestimmt. Am 11. September 1933 wurde er – gegen seinen Wunsch – zum stellvertretenden Regierungspräsidenten in Aurich ernannt.

Refardt war Mitglied der SS, in die SA trat er am 1. Juli 1933 in Duisburg ein, und schon zum 15. September 1933 wurde er zum Sturmführer ernannt. Später stieg er dann in der SA bis zum Standartenführer auf. Obwohl parteipolitisch stark eingebunden, war der Regierungspräsident als Verwaltungsbeamter bei Einstellungen eher geneigt, den sachlichen Erfordernissen seiner Behörde zu gehorchen als der Solidarität oder gar dem Druck von Partei oder SA zur Berücksichtigung von altgedienten Parteigenossen.

Durch seine Dienstzeit bei der Regierung Gumbinnen in den zwanziger Jahren war Refardt auf einige der Aufgaben, die ihn in Ostfriesland erwarteten, insbesondere etwa landwirtschaftliche oder Meliorationsfragen, vergleichsweise gut vorbereitet. Seit 1934 saß er auch im Aufsichtsrat des Milchversorgungsverbands Ostfriesland und im Aufsichtsrat der Hannoverschen Siedlungsgesellschaft m.b.H. in Hannover. Auf einer Dienstreise nach Berlin Anfang 1935 bereitete er den Bau von Schöpfwerken, das „Leda-Jümme-Projekt“, den Bau der Emsbrücke und den Bau einer Wasserleitung im Norden seines Bezirks vor. Seit 1935 engagierte sich Refardt für die Hitlerjugend in verschiedenen Ausschüssen zu Reichsberufswettkämpfen. Refardt blieb jedoch nur bis Ende des Jahres 1936 als Regierungspräsident in Ostfriesland.

Zum Dezember 1936 wurde er in gleicher Funktion nach Frankfurt/Oder versetzt, wo er bis 1945 im Amt blieb. Es hieß später, er sei hier, indem er sich schützend vor Beamte gestellt habe, in starken Gegensatz zu örtlichen Parteigrößen geraten. Nach dem 20. August 1944 internierte man ihn für sechs Wochen in Moabit, weil er in Verbindung mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli gebracht wurde. Es gelang dem Untersuchungsrichter jedoch nicht, dem Regierungspräsidenten eine Verbindung zu den Attentätern nachzuweisen. Refardt wurde anschließend ohne Prozeß wieder in sein altes Amt eingesetzt.

Angesichts der vorrückenden Roten Armee hat Refardt trotz ausdrücklichen Evakuierungsverbots die Beamten und Angestellten seiner Behörde beurlaubt und ist mit der Regierung vor den heranrückenden russischen Truppen nach Schleswig-Holstein geflohen. Er wollte sich dort nach dem Waffenstillstand den Engländern zur Verfügung stellen, ist stattdessen aber für zwei Jahre im ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme interniert worden. Von dort wurde er 1947 zu seinen Verwandten im Kreis Gifhorn entlassen, wo sich mittlerweile auch die Familie aufhielt. 1948 als Regierungspräsident pensioniert, wurde er im Januar 1952 Mitarbeiter beim Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e.V. in Hannover. Seit 1957 war Refardt auch Vorstandsmitglied des Bundes der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e.V., bis er hier im März 1962 aus seinen Ämtern und Funktionen ausschied.

Quellen: Bundesarchiv, SA, Refardt, Heinrich, 10.02.98; 00043; NSDAP-Gaukartei, Mitgliedsnummer 1348563; O. 262 RAD, S. 108; Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR, St. 3/197; StAA, Rep. 16/1, Nr. 216; Rep. 109, E 113/1; StAH, Des. 122 a, Nr. 1141; frdl. Auskunft von Inge Refardt, Frankfurt; Henri Refardt, Flacey en Bresse; Ulrike Hett, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin; Wolfgang Buwert, Frankfurt/Oder.

Literatur: DBA II; Ostfriesische Nachrichten vom 18. und 20.9.1933; Ostfriesische Tageszeitung vom 11.12.1936; Ingrid B u c h l o h, Die nationalsozialistische Machtergreifung in Duisburg. Eine Fallstudie, Duisburg 1980, S. 96-98, 116-117, 129-134; Walther H u b a t s c h (Hrsg.), Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, Reihe A: Preußen, Band 8: Westfalen und Band 10: Hannover, Marburg/Lahn 1980 und 1981; Walter D e e t e r s, Die Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg in Emden 1866-1945, in: Jahrbuch der Ges. für bildende Kunst und vaterländ. Altertümer zu Emden 70, 1990, S. 93-127; Dietmar von R e e k e n, Ostfriesland zwischen Weimar und Bonn. Eine Fallstudie zum Problem der historischen Kontinuität am Beispiel der Städte Aurich und Emden, Hildesheim 1991; d e r s., Elitenrevolution, Elitenverschmelzung oder Elitenbündnis? Die Verwaltungselite in Ostfriesland 1932-1937, in: Herbert Reyer (Hrsg.), Ostfriesland im Dritten Reich. Die Anfänge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Regierungsbezirk Aurich 1933-1938, Aurich 1999, S. 24-48; Paul W e ß e l s, Aufstieg im Amt - Abschiebung in die Provinz. Der Auricher Regierungspräsident Heinrich Refardt <1933-1936>, in: Unser Ostfriesland, Beil. zu Ostfriesen-Zeitung, 2001, Nr. 19 (Portr.).

Porträt: Photographie in StAA.